**[Inhaltsverzeichnis](#_top)**

**DStGB Aktuell 4521**

vom 12. November 2021

Seite

[**CORONA-VIRUS**](#_Toc87607546)

[4521-01 Bundestag debattiert Änderung des Infektionsschutzgesetzes 3](#_Toc87607547)

[**RECHT UND VERFASSUNG**](#_Toc87607548)

[4521-02 Bundesrat für strengere Anforderungen an Melderegisterauskünfte 5](#_Toc87607549)

[4521-03 Deutschland eines der sichersten Länder weltweit – Zunahme rechtsmotivierter und antisemitischer Gewalt 7](#_Toc87607550)

[**FINANZEN UND KOMMUNALWIRTSCHAFT**](#_Toc87607551)

[4521-04 Bundesrat stellt Antrag für klimaresilienten
Wiederaufbau nach Katastrophen 10](#_Toc87607552)

[4521-05 Impulspapier zur öffentlichen Finanzierung
von Klima- und Zukunftsinvestitionen 12](#_Toc87607553)

[4521-06 IMK-Umfrage zur Ausweitung der Investitionstätigkeit 14](#_Toc87607554)

[4521-07 Jahresgutachten 2021/22 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 16](#_Toc87607555)

[4521-08 Bundesverband Öffentliche Dienstleistungen:
Liebing bleibt an der Spitze 18](#_Toc87607556)

[4521-09 Umsatzsteuer: Bemessungsgrundlage bei Umsätzen
aus Geldspielgeräten mit Gewinnmöglichkeit 19](#_Toc87607557)

[4521-10 OVG Rheinland-Pfalz:
Wettbürosteuer der Stadt Koblenz rechtmäßig 21](#_Toc87607558)

[**STÄDTEBAU, VERGABE UND UMWELT**](#_Toc87607559)

[4521-11 Zustimmung des Bundesrates zur Heizkostenverordnung 23](#_Toc87607560)

[4521-12 BMU-Förderprogramm für nachhaltigen Strukturwandel
ist jetzt Teil des Gesamtdeutschen Fördersystems 25](#_Toc87607561)

[4521-13 Endlagersuche: Vorstellung des Beteiligungskonzepts –Webkonferenz am 13.11.2021 26](#_Toc87607562)

[4521-14 Bundesverwaltungsgericht zur Anwendung
des kommunalen Vorkaufsrechts 28](#_Toc87607563)

[**WIRTSCHAFT UND VERKEHR**](#_Toc87607564)

[4521-15 Stadtverwaltungen sind Vorreiter
beim Einsatz von Elektroautos 30](#_Toc87607565)

[4521-16 mFUND Förderaufrufe 32](#_Toc87607566)

[**EUROPA UND INTERNATIONALES**](#_Toc87607567)

[4521-17 Entwicklungspolitischer Bericht der Bundesregierung 34](#_Toc87607568)

[4521-18 COP 26 – fünfjähriges Unterstützungspaket
zum Schutz der Wälder 37](#_Toc87607569)

[**HAUPTGESCHÄFTSSTELLE**](#_Toc87607570)

[4521-19 Pressemitteilung:
Kommunale Finanzen weiter im Corona-Tief –
Neue Bundesregierung muss Finanzierung
der Zukunftsprojekte absichern 38](#_Toc87607571)

[4521-20 Statement: Corona-Winter – Einheitlicher Fahrplan
zwischen Bund und Ländern notwendig 40](#_Toc87607572)

[4521-21 Statement: 2G für Weihnachtsmärkte 41](#_Toc87607573)

[4521-22 Statement: Wieder kostenlose Schnelltests ermöglichen 42](#_Toc87607574)

[4521-23 Zehn-Minuten-Internet-Newsletter 43](#_Toc87607575)

[**TERMINANKÜNDIGUNGEN**](#_Toc87607576)

[4521-24 TERMINVORSCHAU 2021 44](#_Toc87607577)

# **CORONA-VIRUS**

4521-01 Bundestag debattiert Änderung des Infektionsschutzgesetzes

**Angesichts der dramatisch ansteigenden Infektionszahlen hat der Bundestag in erster Lesung über einen Änderungsantrag zum Infektionsschutzgesetz debattiert. Dabei soll ein bundesweit einheitlicher Maßnahmenkatalog auch bei Auslaufen der epidemischen Lage von nationaler Tragweite gelten. Ein erneuter Lockdown und Schulschließungen soll es zukünftig nicht mehr geben. Stattdessen sollen Abstandsgebote in öffentlichen Räumen, das Tragen von Masken sowie 3G etwa für Betriebe und Veranstaltungen eingeführt werden können. Corona-Schnelltests sollen wieder kostenlos werden.**

Angesichts der Tatsache, dass es keine parlamentarische Mehrheit für eine Verlängerung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite gibt und diese damit am 25. November auslaufen wird, hat der Bundestag über Änderungen des Infektionsschutzgesetzes debattiert, die eine Fortgeltung von bestimmten Maßnahmen auch bei Auslaufen der epidemischen Lage ermöglichen.

**Basismaßnahmen für Länder weiter möglich**

Die Länder sollen weiterhin aus einem Katalog an Maßnahmen wählen können. Genannt werden die Anordnung eines Abstandsgebots, die Maskenpflicht, die Vorlage von Impf-, Genesenen- oder Testnachweisen, verpflichtende Hygienekonzepte, Auflagen für den Betrieb von Gemeinschaftseinrichtungen wie Hochschulen oder Einrichtungen der Erwachsenenbildung sowie die Verarbeitung von Kontaktdaten von Kunden, Gästen oder Teilnehmern einer Veranstaltung. Die Maßnahmen sollen erstmal bis zum 19. März 2022 unabhängig von der festgestellten epidemischen Notlage ergriffen werden können.

Der Gesetzentwurf beinhaltet auch die Möglichkeit für Arbeitgeber, unabhängig von der epidemischen Lage in bestimmten Einrichtungen und Unternehmen zur Verhinderung von Infektionen Daten zum Impf- und Genesenenstatus der Beschäftigten zu verarbeiten. Darüber hinaus soll die Corona-Arbeitsschutzverordnung verlängert werden. Ferner sollen die Sonderregelungen zum Kinderkrankengeld auf das Jahr 2022 ausgedehnt werden.

**Kostenlose Bürgertest kommen wieder**

Das Bundesgesundheitsministerium hat darüber hinaus einen Entwurf zur Änderung der Corona-Testverordnung erarbeitet, der zukünftig auch wieder kostenlose Bürgertests ermöglichen soll. Dies soll es den Bürgern erleichtern sich in den Wintermonaten regelmäßig auf eine Infektion mit dem Corona-Virus zu testen.

**Weiteres Vorgehen**

Am Donnerstag in der kommenden Woche sollen die Änderungen des Infektionsschutzgesetzes im Bundestag und am Freitag in einer Sondersitzung des Bundesrates beschlossen werden. Darüber hinaus soll in der nächsten Woche eine Ministerpräsidentenkonferenz mit der geschäftsführenden Bundesregierung weitere Schritte zum bundeseinheitlichen Vorgehen beraten.

Zur Einschätzung der aktuellen Corona-Entwicklungen siehe auch die Statements von DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg in der Rubrik „Hauptgeschäftsstelle“.

(I/4 Marc Elxnat, 11.11.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

# **RECHT UND VERFASSUNG**

4521-02 Bundesrat für strengere Anforderungen an Melderegisterauskünfte

**Mit Beschluss in der 1010. Sitzung des Bundesrates am 5. November 2021 wollen die Länder die Anforderungen an die Identifikation einer gesuchten Person für die Melderegisterauskunft anheben. Als Grund dafür wird nachvollziehbar die Problematik zunehmender Aggressionen gegenüber Einsatz- und Rettungskräften und anderen exponierten Personen genannt, deren private Anschriften ermittelt werden. Der DStGB unterstützt nachhaltig einen besseren Schutz dieser Personen vor Bedrohungen. Strengere Regelungen zu Melderegisterauskünften werden einen erhöhten Prüfaufwand in den Meldeämtern erfordern.**

Die Länder wollen die Anforderungen an die Identifikation einer gesuchten Person für die Melderegisterauskunft anheben. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat der Bundesrat am 5. November 2021 auf Anregung Nordrhein-Westfalens beschlossen.

**Berechtigtes Interesse darlegen**

Mit dem Gesetzentwurf sollen Privatpersonen besser vor missbräuchlichen Auskunftsersuchen geschützt werden: Wird eine Auskunft zu einer Person aus dem Melderegister begehrt, soll danach zur eindeutigen Identifizierung der Person und zum Nachweis, dass es sich nicht um eine missbräuchliche Anfrage handelt, entweder eine dem Anfragenden bekannte (frühere) Anschrift der gesuchten Person angegeben oder ein berechtigtes Interesse der Anfragenden glaubhaft gemacht werden müssen.

**Derzeitige Regelung für Registerauskunft**

Nach dem geltenden Bundesmeldegesetz können Privatpersonen oder Unternehmen unter Angabe einiger Daten, die eine gesuchte Person eindeutig identifizieren, Auskunft insbesondere über die private Meldeadresse dieser Person erhalten. Dazu gehören alternativ der Familienname, ein früherer Name, Geburtsdatum, Geschlecht oder eine Anschrift. Dies hat zur Folge, dass Personen häufig schon unter Angabe des Vor- und Familiennamens bei der zuständigen Meldebehörde eindeutig identifiziert werden können. Anfragende erhalten dann die aktuelle Anschrift der Person.

Eine Melderegisterauskunft berge im Zuge der Problematik zunehmender Aggressionen gegenüber Einsatz- und Rettungskräften und anderen exponierten Personen Missbrauchspotenzial, warnt der Bundesrat.

**Weiteres Verfahren**

Der Gesetzentwurf wird nun der Bundesregierung zugeleitet, die eine Stellungnahme dazu verfasst und anschließend beide Dokumente dem Deutschen Bundestag zur Entscheidung vorlegt. Feste Fristvorgaben gibt es hierfür nicht.

Vgl. Bundesrat Kompakt, [www.bundesrat.de](https://www.bundesrat.de/DE/plenum/bundesrat-kompakt/21/1010/1010-pk.html#top-3)

**Gesetzentwurf des Bundesrates, BR-Drs. 728/21 (Beschluss)**: [www.bundesrat.de](https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2021/0701-0800/728-21%28B%29.pdf?__blob=publicationFile&v=1)

(II/1 180-10 Uwe Zimmermann, 10.11.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**RECHT UND VERFASSUNG**

4521-03 Deutschland eines der sichersten Länder weltweit –
Zunahme rechtsmotivierter und antisemitischer Gewalt

**Der kürzlich vorgestellte Dritte Periodische Sicherheitsbericht zeigt: Die in der Polizeilichen Kriminalstatistik registrierte Kriminalität ist in den letzten 15 Jahren um 15 Prozent zurückgegangen. Dagegen nimmt die rechtsmotivierte und antisemitische Gewalt, Hasskriminalität im Netz sowie die Gewalt gegenüber Repräsentanten des Staates deutlich zu. Auch die Cyberkriminalität steigt an. Das Dunkelfeld ist weiterhin hoch. Im Hinblick auf die gefühlte Kriminalität der Menschen dominieren Sorgen vor wirtschaftlichen, sozialen und politischen Themen gegenüber der Kriminalitätsfurcht. Die Angst vor terroristischen Anschlägen hat abgenommen. Das Vertrauen in die Polizei ist insgesamt hoch. Aus Sicht des DStGB ist die grundsätzliche Entwicklung der objektiven und subjektiven Kriminalität positiv. Dagegen wird der Handlungsbedarf bei der** **Bekämpfung extremistischer und antisemitischer Gewalt im Alltag und im Netz, bei der Gewalt gegenüber Repräsentanten des Staates und der Steigerung des Anzeigeverhaltens der Opfer deutlicher denn je.**

Das Bundesinnenministerium und das Bundesjustizministerium haben den dritten Periodischen Sicherheitsbericht gemeinsam veröffentlicht. Der Bericht deckt den Zeitraum der letzten 15 Jahre ab und ordnet die Entwicklung der Kriminal- und Justizstatistiken wissenschaftlich ein. Dazu wird nicht nur die von Polizei und Justiz registrierte Kriminalität unter Einbeziehung neuer gesetzlicher und sicherheitsbehördlicher Entwicklungen dargestellt. Diese Daten werden darüber hinaus einem Vergleich unterzogen und durch Erkenntnisse aus der Dunkelfeldforschung und durch kriminologische Erklärungsansätze ergänzt. Schwerpunktmäßig untersucht wurden die drei Bereiche Gewaltkriminalität, rechtsmotivierte Straftaten sowie Übergriffen im digitalen Raum.

Die wesentlichen Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

**Schwere Gewaltkriminalität deutlich zurückgegangen**

Seit 2005 ist die in Deutschland registrierte Kriminalität um 15 Prozent zurückgegangen. Verantwortlich dafür ist vor allem der deutliche Rückgang der Eigentums- und Vermögensdelikte, auch schwere Gewalttaten sind stark zurückgegangen. Seit 2020 beeinflusst zudem die Covid-19-Pandemie die Entwicklung der Gewaltkriminalität. Während Gewalt im öffentlichen Raum abnimmt, weisen bereits verfügbaren Daten auf eine Zunahme im familiären Umfeld hin. Die Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten weist seit Jahren eine steigende Tendenz auf. Institutionen, wie etwa pädagogische, aber auch Pflege- und Gesundheitseinrichtungen sowie der Straf- und Maßregelvollzug, sind aufgrund ihrer Strukturen und/oder ihres Auftrags anfällig für das Auftreten von Gewalt. Die hohe Einstellungsquote und der gesamte Diskurs zu dieser Thematik verdeutlichen, dass Handlungsbedarf besteht.

**Rechtsmotivierte und antisemitische Kriminalität stark ausgeprägt**

Häufigste Delikte bei der rechtsmotivierten Kriminalität sind die Verbreitung von Propagandamitteln und die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Besonders stark zugenommen hat die Hasskriminalität im Internet im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise ab dem Jahr 2015. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die meisten Vorfälle nicht zur Anzeige gebracht werden, weshalb viele der Straftaten statistisch nicht registriert werden (können). Auch antisemitisch motivierte Straftaten nehmen zu. Die Zahl der Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft stieg ab 2015 sprunghaft an – von 689 Fällen in 2014 auf über 2200 ein Jahr später – und verblieb seither auf hohem Niveau. Von rechtsmotivierten Straftäterinnen und Straftätern geht ein erhebliches Gewaltpotential aus – bis hin zum rechtsextremistischen Terrorismus.

**Cyberkriminalität und -mobbing**

Der Bericht untersucht auch aktuelle Phänomene wie Cybergrooming und Cybermobbing. Cybergrooming ist eine Form des sexuellen Missbrauchs, bei der Täter online gezielt auf Kinder einwirken, um sexuelle Kontakte anzubahnen. Auch Beleidigungen und Bedrohungen im Internet – Cybermobbing – haben in den letzten Jahren zugenommen. Bei beiden Phänomenen findet ein Großteil der Delikte unter gleichaltrigen Kindern und Jugendlichen statt, während von Cyberstalking vor allem Erwachsene betroffen sind. Die Dunkelziffer wird in allen drei Bereichen besonders hochgeschätzt.

**Dunkelfeldforschung und die gefühlte Kriminalität**

Die Daten- und Forschungslage im Bereich Dunkelfeld hat sich sehr verbessert. Es wird in verschiedenen Deliktsbereichen, wie etwa im Bereich Gewalt- und Hasskriminalität im realen Leben und im Netz – gerade im Bereich öffentlicher Einrichtungen und deren Beschäftigten – sowie bei der Einbruchskriminalität von einem hohen Dunkelfeld ausgegangen. Dies bekräftigen auch die zum Teil sehr geringen Anzeigequoten. Unter den personenbezogenen Delikten weisen persönlicher Diebstahl und Zahlungskartenmissbrauch beispielsweise mit nur über 40 Prozent die höchsten Anzeigequoten auf. Dagegen bestätigen die Studien, dass das Erleben von Kriminalität als Opfer ein seltenes Ereignis ist. Es dominieren primär Sorgen vor wirtschaftlichen und sozialen Themen. Die sinkende Kriminalitätsfurcht steht in engem Zusammenhang mit dem hohen Vertrauen, das der Polizei und staatlichen Institutionen entgegengebracht wird.

**Niedrige Kriminalität im internationalen Vergleich**

Im internationalen Vergleich weist Deutschland bei wichtigen Indikatoren deutlich niedrigere Fallzahlen auf. Bei vorsätzlichen Tötungsdelikten und schweren Sexualstraftaten liegt Deutschland zwei Drittel unter dem EU-Durchschnitt.

**Anmerkung** **des DStGB**

Aus Sicht des DStGB ist die allgemeine Entwicklung der objektiven und gefühlten Kriminalität in Deutschland positiv zu bewerten. Deutschland ist und bleibt eines der sichersten Länder der Welt. Auch die Entwicklung des gefühlten sozialen und persönlichen Kriminalitätsempfindens der Bürgerinnen und Bürger hat sich laut dem Bericht verbessert. Allerdings variiert das persönliche Empfinden abhängig von Milieu, Bildung, Geschlecht, Alter, Wohngegend und eigener Opfererfahrung weiterhin stark. Dabei ist ein besonders positives Signal, dass das Vertrauen in die Polizei und staatliche Institutionen insgesamt sehr hoch ist. Es ist zu begrüßen, dass der Dritte Sicherheitsbericht nicht nur die statistische Entwicklung der Polizeilichen Kriminalität in den Blick nimmt, sondern auch Ergebnisse der Dunkelfeldforschung und die gefühlte Kriminalität und Sicherheit der Menschen.

Andererseits zeigt der Bericht deutlichen Handlungsbedarf. Dies gilt für die Bekämpfung extremistischer und antisemitischer Gewalt im Alltag und im Netz, für den besseren Schutz von Repräsentanten des Staates und der Steigerung des Anzeigeverhaltens der Bürgerinnen und Bürger sowie die Stärkung des Vertrauens in die Polizei und Justiz in einzelnen Deliktsbereichen, wie etwa der häuslichen Gewalt, Cyber- und Hasskriminalität im Netz, Gewaltkriminalität gerade gegenüber haupt- und ehrenamtlichen Kommunalpolitiker:innen, Polizei, Rettungs- und Feuerwehrkräften und Beschäftigten in kommunalen Einrichtungen und Ämtern und extremistischen sowie antisemitischen Straftaten. Die Zunahme der Kriminalität in diesen Bereichen und auf die Menschen, die sich tagtäglich für diesen Staat einsetzen, ist ein Angriff auf unsere Demokratie. Dies wirkt sich auch deutlich auf das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürgern aus, welches dadurch erschüttert wird. Auch die zum Teil hohen Einstellungsquoten der Polizei und Staatsanwaltschaften in einzelnen Deliktsbereichen belasten an der Stelle das Vertrauensverhältnis gegenüber dem Staat. Auch aufgrund der Pandemie führt dies dazu, dass die Staats- und Politikverdrossenheit bei einer Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern weiter ansteigt.

Alle wichtigen Positionen sowie Lösungsansätze des DStGB zur Verbesserung der Sicherheit in den Kommunen und der Bekämpfung von Hass, Bedrohungen und Angriffen auf Kommunalvertreter:innen sind in den Publikationen des DStGB unter [www.dstgb.de](https://www.dstgb.de/themen/sicherheit/aktuelles/sicherheitsgefuehl-der-buerger-nimmt-ab/) und [www.dstgb.de](https://www.dstgb.de/themen/sicherheit/extremismus/neues-dstgb-papier-hass-bedrohungen-und-gewalt-gegen-kommunalpolitiker-innen/) abrufbar.

(I/3 Miriam Marnich, 10.11.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

# **FINANZEN UND KOMMUNALWIRTSCHAFT**

4521-04 Bundesrat stellt Antrag für klimaresilienten Wiederaufbau nach Katastrophen

**Mit einem Entschließungsantrag vom 05.11.2021 (BR-Drs. 756/21) regt der Bundesrat an, Zulassungsverfahren für den Wiederaufbau zerstörter Energieinfrastrukturen insbesondere zur Versorgung mit Strom und Gas nach Katastrophenfällen zu vereinfachen. Damit soll Klimafolgeschäden vorgebeugt und insofern die Klimaresilienz erhöht werden. Der DStGB begrüßt den Vorstoß des Bundesrats und fordert ebenfalls den Bund auf, die Planungs- bzw. Genehmigungsverfahren beim Wiederaufbau einer modernen, klimaresilienten Energieinfrastruktur durch kürzere Verfahren zu beschleunigen.**

In einer entsprechenden Entschließung schlägt der Bundesrat vor, dass Ersatzbauten für zerstörte Gebäude ohne wesentliche Änderungen lediglich anzeigepflichtig sein sollen und nicht mehr das gesamte Planungs- und Genehmigungsverfahren durchlaufen müssen. Ein besonderes Augenmerk sei bei dahingehenden Vereinfachungen auf die Verteilnetzinfrastruktur zu legen. Im Fall wesentlicher Änderungen beim Wiederaufbau sollen Vereinfachungen bei vorzeitigem Baubeginn möglich sein.

Zugleich sieht es der Bundesrat als notwendig an, eine eigene Planfeststellungsfähigkeit für Anlagen wie Umspannanlagen, Konverter- oder Verdichterstationen zu ermöglichen. Diese Anlagen sind in ihrer Eigenschaft als Nebeneinrichtungen bislang nur zusammen mit Energieversorgungsleitungen zulassungsfähig. Mit einer eigenständigen Zulassungsmöglichkeit könnten entsprechende Anlagen bei Hochwasserschäden schnellstmöglich an sicheren Standorten (wieder-)errichtet werden. Ebenso könne man damit auch Punktmaßnahmen ermöglichen, welche die weitere Optimierung der Energieinfrastruktur erleichtern.

In diesem Kontext geht der Bundesrat zudem auf die Klimaziele der Bundesrepublik ein und betont die damit verbundene Notwendigkeit des Ausbaus der Energieinfrastruktur. Hier sei es erforderlich, dass entsprechende Langfristszenarien und –bedarf ermittelt würden. Entsprechende Kenntnisse ermöglichten es beim Wiederaufbau nach Katastrophenfällen, die Energieinfrastruktur gleich langfristig richtig zu dimensionieren. Darüber hinaus könnten generell Synergieeffekte einer integrierten Betrachtung bei Energieinfrastrukturmaßnahmen erzielt werden.

Der Entschließungsantrag ist zu finden unter: [www.bundesrat.de](https://www.bundesrat.de/DE/plenum/bundesrat-kompakt/21/1010/1010-pk.html#top-8)

**Anmerkung des DStGB**

Der Vorstoß des Bundesrates ist aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes begrüßenswert. Er vereint wesentliche Forderungen der Kommunen für den Wiederaufbau wichtiger Infrastruktur in Katastrophengebieten. Es muss verhindert werden, dass langandauernde Genehmigungsverfahren erfolgen, obwohl modernste Energieinfrastruktur errichtet werden soll. Die Starkregenfälle und das Hochwasser im Juli dieses Jahres, die insbesondere in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen massive Schäden verursachten, zeigten den enormen Handlungsdruck, zerstörte Wohn- und Infrastruktur effizient, schnell und zukunftssicher wiederaufzubauen. Neben den finanziellen Aufbauhilfen wiederholt der Bundesrat seine bestehende Forderung nach einer Anpassung entsprechender Verwaltungs- und Planfeststellungsverfahren.

Zugleich hebt der Bundesrat richtigerweise den Aspekt der Klimaanpassung und insofern die Vermeidung zukünftiger Schäden durch Extremwetterlagen hervor. Daneben betont er die Notwendigkeit, Verwaltungs- und Planfeststellung zu beschleunigen. Der Verstetigung der Regelungen des Planungssicherstellungsgesetzes bei der Digitalisierung von Verwaltungsverfahren kommt dabei ebensolches Gewicht zu wie der Entwicklung von Landfristszenarien. Diese sollten Ausgangsbasis sein, um die Wiedererrichtung zerstörter Gebäude und den Ausbau von Energieausbaumaßnahmen effizient zu kombinieren. Damit wird die Resilienz von Städten und Gemeinden gefördert und zugleich mehr Tempo beim Klimaschutz erreicht.

Entsprechende Ansätze unterstützt der Deutsche Städte- und Gemeindebund ausdrücklich. Diesbezüglich wird auf den Masterplan Klimaanpassung und Klimaschutz verwiesen: [www.dstgb.de](https://www.dstgb.de/themen/klimaschutz/aktuelles/masterplan-klimaanpassung-und-klimaschutz-vorgestellt/masterplan-klimaschutz-august-2021-260821.pdf?cid=ibp)

(IV/3 900-00, Finn Brüning / III/2, Marianna Roscher, 12.11.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**FINANZEN UND KOMMUNALWIRTSCHAFT**

4521-05 Impulspapier zur öffentlichen Finanzierung
von Klima- und Zukunftsinvestitionen

**Die Finanzierungsbedarfe für notwendige Klima- und Zukunftsinvestitionen sind enorm. Zur Erreichung des Ziels der Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 sind nach Berechnungen von** „**Agora Energiewende“ und „Forum New Economy“ vom Bund jährlich Investitionen von über 30 Mrd. Euro notwendig, hinzu kommen noch die Finanzbedarfe der Länder und Kommunen. Zur Finanzierung der öffentlichen Investitionen wird unter anderem die Stärkung der Einnahmenbasis oder die Gründung öffentlicher Unternehmen, die dann wiederum selbst Kredite aufnehmen können, notwendig sein. Mit Blick auf die begrenzten kommunalen Planungskapazitäten wird ein weiterer Ausbau der PD angeregt, sodass die kommunale Ebene noch stärker beraten werden könnte. Eine Absenkung der Beratungsgebühren für die Kommunen sollte in diesem Zusammenhang jedoch in Betracht gezogen werden.**

Am 9. November 2021 hat das Denk- und Politiklabor „Agora Energiewende“ ein gemeinsam mit dem „Forum New Economy“ entwickeltes Impulspapier zur öffentlichen Finanzierung von Klima- und anderen Zukunftsinvestitionen veröffentlicht. Die Investitionsbedarfe sind dabei riesig. So hat die Boston Consulting Group (BCG) für den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) berechnet, dass allein für die Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen bis zum Jahr 2030 Investitionen in Höhe von 860 Mrd. Euro notwendig sein werden.

*Abbildung 1:Quelle: BCG Gutachten für BDI*

Der Staat wird hier über Förderprogramme, Sonderabschreibungen etc. letztlich einen nicht unwesentlichen Teil der Kosten tragen. In einem früheren Paper von „Agora Energiewende“ und dem „Forum New Economy“ wurden für die öffentliche Hand bis zum Jahr 2030 Investitionsbedarfe in Höhe von 480 Mrd. Euro geschätzt. Zur Förderung privater Investitionen wurden hier 200 Mrd. Euro veranschlagt. Auf die Kommunen würden dabei 170 Mrd. Euro entfallen (davon 20 Mrd. Euro Fernwärmenetz, 50 Mrd. Euro klimaneutraler sozialer Wohnungsbau, 100 Mrd. Euro ÖPNV). Bundesseitig wurden in der Hochrechnung Klimainvestitionsbedarfe in Höhe von 90 Mrd. Euro geschätzt. Darüber hinaus stehen auf öffentlicher Seite neben dem zu behebenden Investitionsrückstand vor allem auch notwendige zusätzliche Investitionen in den Bereichen Digitalisierung, Gesundheit und Bildung an.

Zur Finanzierung dieser Investitionen schlagen die Autoren des Papers das folgende aus vier Säulen bestehende Konzept vor:

1. Finanzierung öffentlicher Investitionen durch Stärkung Eigenkapitalbasis oder Neugründung öffentlicher Unternehmen (diese nehmen dann selbst Kredite auf)
2. Finanzierung der Förderung privater Investitionen durch bereits eingeplante Fördermittel und schrittweisen Abbau klimaschädlicher Subventionen (Fokus Förderung: zinsgünstige Kredite mit Tilgungszuschuss, beschleunigte Abschreibungen und Differenzverträge)
3. Finanzierung von krisenbedingten Verlusten der Sozialversicherungssysteme durch erhöhte Zuweisungen an die Sozialversicherungsträger; Schaffung Rücklage für Klima-Ausgaben der nächsten Jahre (z. B. Finanzierung Abbau der EEG-Umlage zur Abfederung der Energiepreissteigerung, weitere Anwendungsmöglichkeiten sind 2022 zu prüfen)
4. Methodische Weiterentwicklung der mittelfristigen Potenzialschätzung (wachstumsfreundliche Wirtschaftspolitik hätte Anhebung der mittelfristigen Steuerprognose zur Folge)

Als ein nicht-monetäres Investitionshemmnis gelten gemeinhin die begrenzten Planungskapazitäten der Kommunen. Die Autoren des Impulspapiers sprechen sich hier für eine stärkere Digitalisierung sowie eine Aufstockung der kommunalen Bauämter aus.

* + Impulspapier: [static.agora-energiewende.de](https://static.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2021/2021_09_KlimaInvest2030/A-EW_244_KlimaInvest_II_WEB_v1.1.pdf)
	+ BCG-Gutachten für BDI: [https://issuu.com](https://issuu.com/bdi-berlin/docs/211021_bdi_klimapfade_2.0_-_gesamtstudie_-_vorabve)
	+ Working Paper “Öffentliche Finanzbedarfe für Klimainvestitionen im Zeitraum 2021-2030“: [https://static.agora-energiewende.de](https://static.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2021/2021_09_KlimaInvest2030/FNE_AEW_KlimaInvest2030_WEB.pdf)

(II/3 920-00 Florian Schilling, 10.11.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**FINANZEN UND KOMMUNALWIRTSCHAFT**

4521-06 IMK-Umfrage zur Ausweitung der Investitionstätigkeit

**Nach einer aktuellen Umfrage des IMK unterstützt die Mehrheit der Bevölkerung eine spürbare Ausweitung der öffentlichen Investitionstätigkeit. Besonders groß ist dabei der Wunsch zur Steigerung von Investitionen, die Personalausstattung ist hier umfasst, in den Bereichen Pflege und Gesundheit sowie Bildung und Betreuung. Ein Großteil der notwendigen zusätzlichen Investitionen wird dabei von den Kommunen zu stemmen sein. Hier braucht es daher eine dauerhafte finanzielle Verbesserung der Investitionsspielräume. Denkbar sind eine merkliche Erhöhung des gemeindlichen Umsatzsteueranteils oder auch dauerhafte kommunale Investitionsbudgets.**

Am 8. November 2021 hat das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung Ergebnisse einer repräsentativen Online-Umfrage zur möglichen Ausweitung von Investitionen und ihrer Finanzierung veröffentlicht. Demnach befürwortet eine breite Mehrheit der Menschen in Deutschland eine öffentliche Investitionsoffensive in den kommenden Jahren.

Den stärksten Zuspruch erhielt dabei eine Ausweitung der Investitionen und der Personalschlüssel im Bereich Gesundheitswesen und Pflege (86,3 Prozent). Der Bereich Bildung sticht mit 78,6 Prozent ebenfalls hervor. 

*Abbildung 2 Grafik S. 14 IMK-Studie*

Neben einer Unterscheidung nach Parteienpräferenz haben die Studienautoren auch die Investitionswünsche in Abhängigkeit vom Einkommen analysiert. Hier hat sich gezeigt, dass der Wunsch nach Mehrinvestitionen über alle Einkommensgruppen hinweg deutlich ausgeprägt ist. Unterschiede gibt es gleichwohl in Bezug auf einige Investitionskategorien. So nimmt der Wunsch nach einer „starken“ Erhöhung der Ausgaben für Investitionen in das Gesundheitswesen und die Pflege mit höherem Einkommen ab. Ähnlich verhält es sich auch bei Investitionen in Bahnverbindungen, den öffentlichen Nahverkehr und in Fußgänger- und Fahrradwege. Hier wünschen vor allem Personen mit geringen Einkommen eine starke Erhöhung.

Mit Blick auf die Finanzierung der zu erhöhenden Investitionen spricht sich eine deutliche Mehrheit der Befragten für eine Kürzung anderer öffentlicher Ausgaben (62,6 Prozent) aus. Für eine Gegenfinanzierung über eine erhöhte Kreditaufnahme oder Steuererhöhungen plädieren mit 15,3 Prozent respektive 7,5 Prozent schon deutlich weniger Befragte. Lediglich 6,9 Prozent gaben an, dass bei Finanzierungsproblemen auf die zusätzlichen Investitionen verzichtet werden solle (7,8 Prozent „weiß nicht“).

Bezogen auf die Ausgabenreduzierung sprach sich eine Mehrheit für Kürzungen bei Subventionen (59,2 Prozent) aus. Hier sind die Kürzungspotenziale gleichwohl begrenzt und nicht ausreichend, um die gewünschten zusätzlichen Investitionen finanzieren zu können. Schließlich zielt ein erheblicher Teil der Subventionen in die gleiche Richtung wie die gewünschte Investitionsoffensive. Aus Sicht des IMK-Teams, auch in Übereinstimmung zu den in der Umfrage geäußerten Präferenzen, sollte daher die Streichung von Vergünstigungen bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer für die Vererbung von Betrieben und Anteilen an Kapitalgesellschaften angegangen werden (immerhin ca. 5,1 Mrd. Euro).

**Anmerkung des DStGB**

Die Studie unterstreicht, dass auch auf Seiten der Bevölkerung die dringende Notwendigkeit zur Verstärkung der öffentlichen Investitionstätigkeit gesehen wird. Ein Großteil der zusätzlichen Investitionen wird dabei auf kommunaler Ebene anfallen. Damit die Städte und Gemeinden die investiven Zukunftsherausforderungen aber auch tatsächlich meistern können, bedarf es einer langfristigen finanziellen Unterstützung der Kommunen. Finanzieller Spielraum für Investitionen könnte durch eine deutliche Erhöhung des gemeindlichen Anteils an der Umsatzsteuer um einen zweistelligen Milliardenbetrag, nebst Anpassung des Verteilschlüssels nach Einwohnern, geschaffen werden. Alternativ wäre auch die langfristige Zusicherung von Investitionspauschalen vorstellbar.

Die Ergebnisse der Studie (IMK Policy Brief Nr. 112) können unter [www.boeckler.de](https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-008181/p_imk_pb_112_2021.pdf) eingesehen werden.

(II/3 920-00 Florian Schilling, 09.11.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**FINANZEN UND KOMMUNALWIRTSCHAFT**

4521-07 Jahresgutachten 2021/22 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

**Im aktuellen Jahresgutachten des Sachverständigenrates werden Handlungsoptionen zur Gestaltung der Transformation in Bildung, Digitalisierung und Nachhaltigkeit diskutiert. Erstmalig stellen die Wirtschaftsweisen auch unterschiedliche Herangehensweisen, insbesondere was die Verschuldung zur Finanzierung von Investitionen betrifft, zur Diskussion. Mit Blick auf die Entwicklung der Wirtschaft geht der Sachverständigenrat für das laufende Jahr aufgrund von Störungen bei den globalen Wertschöpfungsketten von einer etwas geringfügigeren Erholung von 2,7 Prozent aus. Für das kommende Jahr wird jedoch ein Anstieg der Wirtschaftsleistung um 4,6 Prozent erwartet.**

Am 10. November 2021 hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sein alljährliches Jahresgutachten vorgelegt. Das über 500 Seiten starke Gutachten steht dabei ganz im Zeichen der Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie der notwendigen tiefgreifenden Transformation hin zu einer klimaneutralen und digitalen Wirtschaft.

**Wirtschaftliche Entwicklung**

Wie zuvor schon andere Institute schraubt auch der Sachverständigenrat seine Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr auf 2,7 Prozent runter. Grund hierfür sind vor allem die Lieferengpässe im Welthandel. Für das kommende Jahr wird von einer weiteren Normalisierung der privaten Nachfrage nach Dienstleistungen und der Industrieproduktion ausgegangen, sodass der Sachverständigenrat für das kommende Jahr eine kräftige Steigerung des Bruttoinlandproduktes um 4,6 Prozent erwartet. Bereits im 1. Quartal 2022 wird voraussichtlich bereits das Vorkrisenniveau aus dem 4. Quartal 2019 wieder erreicht. Die Risiken für die angenommene Erholung sind jedoch erheblich und liegen unter anderem bei erneuten umfassenden pandemiebedingten Einschränkungen oder auch länger anhaltenden Liefer- und Kapazitätsengpässen.

Die merklich gestiegene weltweite Nachfrage hat zu hohen Rohstoff- und Energiepreisen sowie angebotsseitigen Engpässen geführt. Folge ist, dass die ohnehin schon erhöhte Verbraucherpreisinflation in Deutschland in diesem Jahr auf 3,1 Prozent ansteigen wird. Für das kommende Jahr wird ein Rückgang auf 2,6 Prozent erwartet.

**Gestaltung der Transformation**

Mit Blick auf die notwendige Transformation haben die Wirtschaftsweisen in ihrem Jahresgutachten insgesamt 30 Maßnahmen andiskutiert, die zur Transformation befähigen, ein geeignetes Umfeld für die Transformation schaffen und Chancen der Transformation nutzen. Die skizzierten Handlungsoptionen beziehen sich dabei auf die Bereiche:

* Bildung
* Aus- und Weiterbildung, Fachkräfte
* Gründungen und Marktaustritte
* Makroökonomisches Umfeld
* Europäische Union
* Transparenz
* Innovationen
* Investitionen
* Internationale Kooperation

In ihrem Gutachten gehen die Wirtschaftsweisen auch auf die Notwendigkeit des Abbaus nicht-monetärer Investitionshemmnisse ein. So behindern aufwendige Planungs-, Genehmigungs- und Gerichtsverfahren eine schnelle Umsetzung von Investitionen. Auf kommunaler Ebene entschleunigen fehlende Kapazitäten und mangelnde Expertise Investitionen. Der Sachverständigenrat streicht in diesem Zusammenhang heraus, dass die unzureichenden Kapazitäten in der Verwaltung teilweise aus der hohen kommunalen Verschuldung der Kommunen, der Unstetigkeit relevanter Planungsprozesse und vor allem aus den Schwierigkeiten des Öffentlichen Dienstes gute Fachkräfte zu binden, resultieren.

Ein Novum des diesjährigen Gutachtens sind die zur Diskussion gestellten unterschiedlichen Sichtweisen, in der Vergangenheit gab es lediglich Sondervoten, zu den EU-Fiskalregeln sowie den Investitionsbedarfen und den Finanzierungsoptionen. Vereinfacht dargestellt sprechen sich die Wirtschaftsweisen Veronika Grimm und Volker Wieland für die grundsätzliche Einhaltung der EU-Fiskalregeln und der deutschen Schuldenbremse aus, wonach in Krisen zwar eine expansive Geldpolitik notwendig ist, in wirtschaftlich besseren Zeiten die Schulden aber zurückgeführt werden müssen. Mit Blick auf die notwendigen transformativen Maßnahmen sind öffentliche Investitionen zweifelsfrei notwendig, durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen könne ein Großteil der Finanzierung der Transformation durch private Investitionen erfolgen. Die Wirtschaftsweisen Monika Schnitzer und Achim Truger sind hier etwas pessimistischer und sehen die Notwendigkeit zur Schaffung zusätzlicher Verschuldungsspielräume, sowohl EU-Ebene wie Deutschland betreffend, zur Finanzierung der für den Transformationsprozess erforderlichen Investitionen.

Jahresgutachten 2021/22: [www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de](https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg202122/JG202122_Gesamtausgabe.pdf)

Weitere Informationen zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates: [www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de](https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/jahresgutachten-2021.html?returnUrl=%2Findex.html&cHash=802bf8bd4b2c5f20a663f2407a0cea48)

(II/3 920-00 Florian Schilling, 10.11.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**FINANZEN UND KOMMUNALWIRTSCHAFT**

4521-08 Bundesverband Öffentliche Dienstleistungen:
Liebing bleibt an der Spitze

**Der Bundesverband Öffentliche Dienstleistungen (bvöd) hat im Rahmen seiner Mitgliederversammlung am 04. November 2021 in Berlin den Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen Liebing erneut zum bvöd-Vorsitzenden gewählt. Der BVÖD vertritt die Interessen der öffentlichen Unternehmen und Arbeitgeber Deutschlands auf europäischer Ebene. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund ist ebenfalls Mitglied und wird im erweiterten Vorstand durch den Beigeordneten Timm Fuchs vertreten.**

Neben den Vorstandwahlen berieten die Delegierten der Mitgliederversammlung, wie sich der Verband inhaltlich weiterentwickeln soll. Dabei ging es unter anderem um die Taxonomie-Verordnung der EU, deren Auswirkung – auch auf die Kommunen – als erheblich eingeordnet werden. Denn durch die Verordnung wird geregelt, welche Investitionen nicht als nachhaltig angesehen und entsprechend mit höheren Zinsen sanktioniert werden sollen. Unmut äußerten die Delegierten auch hinsichtlich der gegenwärtigen Konsultationsverfahren der EU-Kommission, die sich an die gesamte EU-Bevölkerung richteten. Laut Liebing habe diese dazu geführt, dass beispielsweise bei der Konsultation zu möglichen Anpassungen des KMU-Begriffes kommunale Stellungnahmen einer Vielzahl von Äußerungen aus der Privatwirtschaft sowie natürlicher Personen gegenübergestanden hätten. Hier würde ein Ungleichgewicht entstehen, welches bei der Kommission ein falsches Meinungsbild ergebe.

Der Bundesverband Öffentliche Dienstleistungen – Deutsche Sektion von SGI Europe – ist ein Zusammenschluss von kommunalen Unternehmen, Wirtschaftsverbänden der öffentlichen Wirtschaft, den öffentlichen Arbeitgeberverbänden und den kommunalen Spitzenverbänden. Die Mitglieder vereint das Ziel der Daseinsvorsorge: Sie sorgen für eine Grundversorgung in den Bereichen Energie, Wasser, Abfallwirtschaft, öffentlicher Verkehr, Telekommunikation, Bäder, Häfen und Wohnungsbau sowie soziale, kulturelle, Gesundheits- und Erziehungsdienstleistungen, Bildungs- sowie Forschungs- und Verwaltungsdienstleistungen.

(IV/3 901-00, Finn Brüning, 12.11.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**FINANZEN UND KOMMUNALWIRTSCHAFT**

4521-09 Umsatzsteuer: Bemessungsgrundlage bei Umsätzen aus Geldspielgeräten mit Gewinnmöglichkeit

**Durch Rundschreiben des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) vom 05.11.2021, GZ. III C 2 - S 7200/19/10003 :005, DOK 2021/1137935, gilt ergänzend zum BMF-Schreiben vom 05. Juli 1994 - IV C 3-S 7200-80/94 (BStBl I S. 465) unter Bezugnahme auf das Ergebnis der Erörterung mit den obersten Finanzbehörden der Länder zur Bemessungsgrundlage bei Umsätzen aus Geldspielgeräten mit Gewinnmöglichkeit Folgendes:**

*„I.*

*Bemessungsgrundlage für die Umsatzbesteuerung bei Geldspielgeräten ist der - nach Ablauf eines bestimmten Zeitraums - mittels Zählwerk ermittelte Kasseninhalt abzüglich der darin enthaltenen Umsatzsteuer (EuGH-Urteil vom 5. Mai 1994, C-38/93 (BStBl II S. 548)).*

*Bei Geldspielgeräten mit Gewinnmöglichkeit wird auf den Auslesestreifen ein Saldo (1) und ein Saldo (2) dargestellt. Die Salden werden nach folgendem Schema ermittelt:*

 *Einwurf*

*- Auswurf*

***= Saldo (1)***

*- Erhöhung des Auszahlvorrats oder*

*+ Verminderung des Auszahlvorrats*

*+ Nachfüllungen*

*- Entnahmen*

*- Fehlbeträge*

***= elektronisch gezählte Kasse***

*+ Entnahme*

*- Nachfüllungen*

*= Saldo (2)*

*Der Saldo (2) ist demnach der um die Veränderung des Auszahlvorrats bereinigte sowie die Fehlbeträge geminderte Saldo (1). Als umsatzsteuerrechtliche Bemessungsgrundlage ist der Saldo (1) heranzuziehen.*

*II.*

*Die Grundsätze dieses Schreibens sind in allen offenen Fällen anzuwenden.*

*Dieses Schreiben wird im Bundessteuerblatt Teil I veröffentlicht und steht ab sofort für eine Übergangszeit auf den Internet-Seiten des Bundesministeriums der Finanzen (http://www.bundesfinanzministerium.de) unter der Rubrik Themen - Steuern - Steuerarten - Umsatzsteuer - Umsatzsteuer-Anwendungserlass zum Herunterladen bereit.“*

(II/1 955-00 Uwe Zimmermann, 10.11.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**FINANZEN UND KOMMUNALWIRTSCHAFT**

4521-10 OVG Rheinland-Pfalz:
Wettbürosteuer der Stadt Koblenz rechtmäßig

**Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Rheinland-Pfalz hat mit Urteil vom 2. November 2021, Aktenzeichen: 6 A** **10341/21.OVG, entschieden, dass die Satzung der Stadt Koblenz über die Erhebung einer Wettbürosteuer (Wettbürosteuersatzung) wirksam ist. Das Gericht bejaht in seiner Entscheidung die Annahme einer örtlichen Aufwandsteuer wegen der Lage des Wettbüros im Gemeindegebiet auch bei Wetten, die sich auf vor Ort (live) mitverfolgbare Wettereignisse und Wetten auf Wetterereignisse bezögen.**

Die Klägerin betreibt im Stadtgebiet von Koblenz zwei Wettbüros, in denen Pferde- und Sportwetten eines in Malta ansässigen Wettveranstalters vermittelt werden und neben der Annahme von Wettscheinen auch das Mitverfolgen von Wettereignissen auf Monitoren ermöglicht wird. Hierfür wird sie von der Stadt Koblenz nach der zum 1. Mai 2019 in Kraft getretenen Wettbürosteuersatzung zu einer Wettbürosteuer herangezogen. Mit ihrer gegen diese Heranziehung erhobenen Klage machte die Klägerin geltend, es fehle an einer tauglichen Rechtsgrundlage für die Erhebung der Wettbürosteuer. Das Verwaltungsgericht wies die Klage ab. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte diese Entscheidung und wies die Berufung der Klägerin zurück.

Die Wettbürosteuersatzung sei wirksam. Die beklagte Stadt sei zu deren Erlass befugt gewesen. Nach der Regelung des Grundgesetzes (Art. 105 Abs. 2a GG) hätten die Länder die Befugnis zur Gesetzgebung über die örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern, solange und soweit sie nicht bundesgesetzlich geregelten Steuern gleichartig seien. Diese Befugnis sei durch das Kommunalabgabengesetz an die Kommunen übertragen worden. Bei der Wettbürosteuer handele es sich entgegen der Auffassung der Klägerin um eine örtliche Aufwandsteuer. Sie knüpfe an die Lage des Wettbüros im Gemeindegebiet an, so dass der erforderliche örtliche Bezug gegeben sei. Dies gelte nicht nur für diejenigen Wetten, die sich auf vor Ort (live) mitverfolgbare Wettereignisse bezögen, sondern auch für Wetten auf sonstige Wettereignisse. Denn die Wettbürosteuer betreffe den Konsumaufwand des Wettkunden für das Wetten in einem Wettbüro, das sich durch seine Ausstattung insbesondere mit Monitoren und die Möglichkeit des Mitverfolgens von Wettereignissen von reinen Wettvermittlungsstellen unterscheide und eine Art Gesamtvergnügungsveranstaltung darstelle. Besteuert werde nicht nur der Aufwand für das Wetten in einem Wettbüro, sondern die mit dem Wettvorgang verbundene und zum Verweilen einladende Vergnügungsveranstaltung, durch die eine zum Wetten anreizende Atmosphäre gefördert werde, die sich nicht in Wetten auf vor Ort (live) verfolgbare Ereignisse erschöpfe. Die kommunale Wettbürosteuer sei auch nicht mit der bundesrechtlich im Rennwett- und Lotteriegesetz geregelten Sportwettensteuer gleichartig. Bei der vorzunehmenden Gesamtbewertung aller Merkmale der beiden Steuern seien neben Gemeinsamkeiten auch entscheidende Unterschiede in der Zielsetzung und dem Steuergegenstand festzustellen sowie ein stark abweichendes Aufkommen der beiden Steuern und ein abweichender Kreis der Steuerschuldner. Die Besteuerung verletze auch nicht die unionsrechtlich gewährleistete Dienstleistungsfreiheit.

Vgl. Pressemitteilung OVG Koblenz Nr. 24/2021, [https://ovg.justiz.rlp.de](https://ovg.justiz.rlp.de/de/startseite/detail/news/News/detail/wettbuerosteuer-der-stadt-koblenz-rechtmaessig/)

(II/1 956-50 Uwe Zimmermann, 10.11.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

# **STÄDTEBAU, VERGABE UND UMWELT**

4521-11 Zustimmung des Bundesrates zur Heizkostenverordnung

**Der Bundesrat hat am 5. November 2021 der neuen Heizkostenverordnung zugestimmt (BR-Drs. 643/21). Mit der Vorschrift soll eine europäische Vorgabe umgesetzt werden, nach der Heiz- und Warmwasserkostenzähler aus der Ferne ablesbar sein müssen, sodass das Ablesen vor Ort entfällt.**

Für neue Zähler gilt dies sofort, während bestehende Zähler bis 2026 umgerüstet werden müssen. Zudem sollen die Heiz- und Warmwasserkostenabrechnung in Zukunft einen Vergleich zum vorherigen und zum Durchschnittsverbrauch beinhalten. Damit soll für Verbraucher:innen deutlich werden, wie sie Heiz- und Warmwasserkosten einsparen können. Enthalten sind zudem Regelungen, die sicherstellen, dass fernablesbare Verbrauchserfassungsgeräte in ausreichendem Maße Datenschutz und -sicherheit nach dem Stand der Technik gewährleisten.

Der Bundesrat hat der Verordnung jedoch nur unter der Bedingung zugestimmt, dass diese schon nach drei Jahren evaluiert wird. Auf diesem Weg soll möglichst frühzeitig erkannt werden, inwiefern zusätzliche Betriebskosten durch fernablesbare Ausstattungen für Mieterinnen und Mieter entstehen. Der Bundesrat sah dies als erforderlich an, da er Zusatzkosten durch einen erhöhten Verwaltungsaufwand und steigenden Investitionskosten für wahrscheinlich hält. Die Notwendigkeit einer Kostendeckelung müsse dementsprechend schnellstmöglich geprüft werden. Zudem soll die Bundesregierung transparent machen, wie durch gemeinsame Messeinrichtungen für Strom-, Gas-, und Wasserkosten für die privaten Verbraucherinnen und Verbraucher eingespart werden können.

Der Bundesrat hat seine Entschließung der Bundesregierung zugeleitet, welche sich nun mit der Bedingung des Bundesrates auseinandersetzen muss.

Die Beschlussdrucksache finden Sie hier: [www.bundesrat.de](https://www.bundesrat.de/DE/plenum/bundesrat-kompakt/21/1010/1010-pk.html#top-12)

**Anmerkung des DStGB**

Die geplante Heizkostenverordnung setzt eine weitere Vorgabe der europäischen Energieeffizienzrichtlinie um, die u.a. die Gebäuderenovierung sowie die Verbrauchserfassung und die Abrechnungsinformationen regelt. Die geplante Heizkostenverordnung schließt hier an und soll sowohl das Ablesen vereinfachen, als auch dazu dienen, dass Mieterinnen und Mietern ihre Heiz- und Wasserkosten verglichen mit dem Vorjahr und dem Durchschnittsverbrauch erkennen können. Auf diesem Weg sollen Anreize für Einsparungsbemühungen gesetzt werden.

Mit Blick auf mögliche Zusatzkosten ist der Vorschlag des Bundesrates, die Regelung zeitnah zu evaluieren, zu begrüßen. Dies gilt auch für die Prüfung, inwieweit etwaige Zusatzkosten bereits jetzt im Rahmen der Betriebskostenabrechnung transparent erkennbar gemacht werden müssen. Auf diesem Weg können langfristig hohe Kosten für Verbraucherinnen und Verbraucher vermieden und, entsprechend der Richtlinie, auf eine angemessene Höhe begrenzt werden.

Einsparungsmöglichkeiten im Bereich der Energie- und Wasserversorgung gewinnen vor dem Hintergrund der in den letzten Wochen drastisch steigenden Gas- und Energiekosten zunehmend an Bedeutung. Hier gilt es, Verbraucherinnen und Verbrauchern beispielsweise durch Heizkostenzuschüsse zu entlasten.

Ein Interview von Dr. Gerd Landsberg zu diesem Thema findet sich unter: [www.dstgb.de](https://www.dstgb.de/publikationen/mediathek/forderung-nach-heizkosten-zuschuessen-fuer-geringverdienende/)

(III/2, 651-00 Marianna Roscher, 08.11.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**STÄDTEBAU, VERGABE UND UMWELT**

4521-12 BMU-Förderprogramm für nachhaltigen Strukturwandel ist jetzt Teil des Gesamtdeutschen Fördersystems

**Das Förderprogramm „Kommunale Modellvorhaben zur Umsetzung der ökologischen Nachhaltigkeitsziele in Strukturwandelregionen (KoMoNa)“ des BMU wurde als neues Programm in das Gesamtdeutsche Fördersystem für strukturschwache Regionen aufgenommen. Zukünftig wird das BMU zusammen mit den dort bereits vertretenen Ressorts der Bundesregierung an der Ausgestaltung und Weiterentwicklung des Fördersystems mitarbeiten. Mit KoMoNa unterstützt das BMU die nachhaltige Regionalpolitik und stellt insgesamt 100 Millionen Euro als Fördermittel für Kommunen und andere lokale Akteure zur Verfügung.**

Das Gesamtdeutsche Fördersystem für strukturschwache Regionen ist ein wichtiger Beitrag der Bundesregierung zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Es umfasst mehr als 20 Förderprogramme des Bundes aus sieben Ressorts. Mit der Bündelung der Förderprogramme unter einem Dach optimiert die Bundesregierung das System der regionalen Strukturförderung und leistet einen wichtigen Beitrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland. Das Förderprogramm „Kommunale Modellvorhaben zur Umsetzung der ökologischen Nachhaltigkeitsziele in Strukturwandelregionen“ (KoMoNa) richtet sich an Kommunen und andere Akteure wie etwa Hochschulen und Unternehmen aus den vom Kohleausstieg betroffenen Braunkohleregionen in der Lausitz, in Mitteldeutschland und im Rheinland. Diese Regionen werden durch die Förderung von Modellvorhaben dabei unterstützt, zu wegweisenden Pilotregionen nachhaltiger Entwicklung mit Vorbildfunktion zu werden.

KoMoNa fördert schwerpunktmäßig investive Maßnahmen wie beispielsweise die naturnahe Gestaltung und Renaturierung von Flächen und Gewässern. Das Förderprogramm unterstützt auch Projektideen im Sinne eines nachhaltigen Tourismus und für mehr Umweltgerechtigkeit in Quartieren und Stadtteilen. Neben den investiven Projektideen fördert das BMU auch konzeptionelle Maßnahmen, die dazu beitragen, die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) umzusetzen. Hierzu gehören etwa kommunale Nachhaltigkeitskonzepte, Personalstellen für ein kommunales Nachhaltigkeitsmanagement, Projektideen zur Vernetzung und solche, die das bürgerschaftliche Engagement stärken. Des Weiteren können außerschulische Bildungs- und Kulturprojekte mit Fokus auf der Stärkung des Bewusstseins und Engagements von Jugendlichen („Empowerment“) oder im Bereich Bürgerwissenschaft (Citizen Science) gefördert werden.

Weitere Informationen über das Förderprogramm KoMoNa finden sich unter: [www.bmu.de](https://www.bmu.de/themen/nachhaltigkeit-digitalisierung/nachhaltigkeit/kommunale-modellvorhaben-zur-umsetzung-der-oekologischen-nachhaltigkeitsziele-in-strukturwandelregionen-komona)

(III/4 843-00, Alexander Kramer, 10.11.2021) [**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**STÄDTEBAU, VERGABE UND UMWELT**

4521-13 Endlagersuche: Vorstellung des Beteiligungskonzepts –Webkonferenz am 13.11.2021

**Wie in DStGB-Aktuell 4321-10 vom 29.10.2021 berichtet, werden am 13.11.2021 im Rahmen einer Online-Veranstaltung die Vorschläge für die weitere Beteiligung bis zur endgültigen Eingrenzung der Flächen vorgestellt. Geplant ist nun, auch Mitglieder für eins der geplanten Formate zu wählen. Unter den zu wählenden Gruppen sind auch Vertreter und Vertreterinnen der Kommunen vorgesehen.** **Ferner soll der Arbeitsfortschritt der BGE mbH bei der Auswahl von Standortregionen durch die Öffentlichkeit erörtert werden? Für diese Frage hat die AG-Vorbereitung, die der „jungen“ Generation, des BASE und weitere Beteiligte eine gemeinsame Antwort entwickelt. Auf der Veranstaltung soll dieses Beteiligungskonzept vorgestellt und seine Weiterentwicklungsmöglichkeiten im Sinne eines Prototyps bewertet werden.**

Anschließend soll eine Beratungs- und Planungsgruppe gegründet werden, die das erste Fachforum im Frühjahr 2022 vorbereitet. Alle Interessierten sind willkommen für diese Planungsgruppe zu kandidieren und so das Beteiligungskonzept anhand der realen Umsetzung zu verbessern.

Die Veranstaltung findet als Videokonferenz mit Referenten und Referentinnen sowie Podiumsgästen statt.

**Zur Teilnahme an der Veranstaltung ist eine Anmeldung erforderlich:** [**www.beteiligungskonzept-anmeldung.de**](https://www.beteiligungskonzept-anmeldung.de/)

Weitere Informationen finden sich im Programm und in den Hinweisen zu den Wahlen und Kandidaturen: [www.endlagersuche-infoplattform.de](https://www.endlagersuche-infoplattform.de/SharedDocs/Termine/Endlagersuche/DE/2021/1113_veranstaltung_beteiligungskonzept.html)

Weitere Informationen zur Entwicklung des Beteiligungskonzepts finden sich unter [www.endlagersuche-infoplattform.de/beteiligungskonzept](https://www.endlagersuche-infoplattform.de/beteiligungskonzept).

**Hintergrund (Zitat BASE Brief an DStGB):**

„*Nach intensiven Beratungen zu einem ersten Zwischenergebnis der Endlagersuche endete im August 2021 das erste gesetzlich vorgesehene Beteiligungsformat, die Fachkonferenz Teilgebiete. An dieser nahmen auch mehrere hundert kommunale Vertreter:innen aus ganz Deutschland teil. Für die Zeit im Anschluss an die Fachkonferenz Teilgebiete wird das BASE ebenfalls Räume schaffen, um mehr über die weiteren Arbeitsschritte des mit der Suche beauftragten Unternehmens, der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mbH, zu erfahren und sich zu beteiligen. Die BGE mbH hat nach dem Ende der Fachkonferenz den Auftrag, die im Zwischenbericht aufgeführten Flächen auf wenige Standortregionen einzugrenzen, die weiter untersucht werden sollen. Wie die Beteiligung an diesem Schritt der weiteren Eingrenzung ausgestaltet wird, erarbeitet derzeit eine Arbeitsgruppe aus ehemaligen Teilnehmer:innen der Fachkonferenz, dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) und weiteren Akteuren unter Vermittlung des Partizipationsbeauftragten.*“

**Kontakt:**

Organisationsteam Beteiligungskonzept

Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), Berlin

Tel.: +49 30 184321-0 | E-Mail: orga-beteiligungskonzept@bfe.bund.de

(II/4, Dr. Klaus Nutzenberger, 10.11.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**STÄDTEBAU, VERGABE UND UMWELT**

4521-14 Bundesverwaltungsgericht zur Anwendung des kommunalen Vorkaufsrechts

**Mit Urteil vom 9. November 2021 (AZ. 4 C 1.20) hat sich das Bundesverwaltungsgericht mit der Ausübung des gemeindlichen Vorkaufsrechts im Geltungsbereich einer Erhaltungssatzung auseinandergesetzt. Das Vorkaufsrecht darf danach nicht auf Grundlage der Annahme ausgeübt werden, dass der Käufer in Zukunft erhaltungswidrige Nutzungsabsichten verfolgen werde.**

Die Klägerin, eine Immobiliengesellschaft, wandte sich gegen die Ausübung des kommunalen Vorkaufsrechts. Sie hatte im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg ein Mehrfamilienhaus erworben. Dieses liegt im Geltungsbereich einer sogenannten Milieuschutzsatzung, welche der Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung aus besonderen städtebaulichen Gründen dient. Das Bezirksamt hatte das Vorkaufsrecht zugunsten einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft ausgeübt. Ihr Ziel war es, der Gefahr vorzubeugen, dass Teile der Wohnbevölkerung aus dem Gebiet verdrängt werden, wenn die Wohnungen aufgewertet und Mieten erhöht oder Wohnungen in Eigentum umgewandelt werden.

In den Vorinstanzen blieb die Klägerin erfolglos. Das Oberverwaltungsgericht war der Ansicht, dass das Vorkaufsrecht ausgeübt werden durfte, da erhaltungswidrige Entwicklungen zu befürchten gewesen seien. Ein gesetzlicher Ausschlussgrund für das Vorkaufsrecht liege nicht vor; die zu erwartenden Nutzungen des Erwerbers seien ebenfalls zu berücksichtigen.

Das Bundesverwaltungsgericht hat hingegen entschieden, dass das Vorkaufsrecht vorliegend nach § 24 Abs. 1 Nr. 4 BauGB nicht ausgeübt werden durfte. Danach ist die Ausübung des Vorkaufsrechts ausgeschlossen, wenn das Grundstück entsprechend den Zielen oder Zwecken der städtebaulichen Maßnahmen bebaut ist und genutzt wird sowie eine auf ihm errichtete bauliche Anlage keine Missstände oder Mängel im Sinne des Modernisierungs- und Instandsetzungsgebots aufweist. Die Norm sei eindeutig auf die tatsächlichen Verhältnisse im Zeitpunkt der letzten Behördenentscheidung über das Vorkaufsrecht bezogen. Eine dahingehende Auslegung, dass die Vorschrift auf Vorkaufsrechte für Grundstücke im Geltungsbereich einer Erhaltungssatzung keine Anwendung findet, komme nicht in Betracht. Das OVG habe insofern nicht prüfen dürfen, ob zukünftig von erhaltungswidrigen Nutzungsabsichten auszugehen ist.

**Anmerkung des DStGB**

Für Städte und Gemeinden ist das Vorkaufsrecht ein wichtiges planungsrechtliches Instrument. Die aktuelle Entscheidung offenbart, dass es gerade mit Blick auf eine gezielte Steuerung der Stadtentwicklung dringend einer gesetzgeberischen Anpassung der §§ 24 ff. BauGB bedarf.

Das gemeindliche Vorkaufsrecht muss immer dann zur Anwendung kommen können, wenn im Einzelfall verhindert werden soll, dass ein Gebiet oder Stadtquartier in einer Weise verändert wird, die den eigentlichen städtebaulichen Zielsetzungen, etwa der Erhaltung stabiler Wohnstrukturen, widerspricht. Hierzu zählt auch, wenn durch einzelne bauliche und sonstige Eingriffe eine negative Vorbildwirkung im Sinne einer Verdrängung der angestammten Bevölkerung entstehen könnte. Hierzu zählen insoweit auch erhaltungswidrige Nutzungsabsichten mit Blick auf eine bereits bestehende Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung). Der Bundesgesetzgeber ist gefordert, rasch eine entsprechende redaktionelle Klarstellung im BauGB vorzunehmen.

Das Vorkaufsrecht wurde unlängst bereits im Rahmen der Baulandmobilisierungsnovelle ergänzt. So kann das Vorkaufsrecht u.a. auf der Grundlage einer Verkehrswertermittlung ausgeübt werden.

Zu den Neuerungen der Baulandmobilisierungsnovelle: [www.dstgb.de](https://www.dstgb.de/themen/stadtentwicklung-und-wohnen/aktuelles/baulandmobilisierungsgesetz-kann-in-kraft-treten/) (Rubrik: Themen / Stadtentwicklung und Wohnen / Aktuelles)

(III/2, 651-00 Marianna Roscher, 10.11.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

# **WIRTSCHAFT UND VERKEHR**

4521-15 Stadtverwaltungen sind Vorreiter beim Einsatz von Elektroautos

**Eine Städteumfrage der Agora Verkehrswende zeigt, dass bereits jeder fünfte Pkw in den Fuhrparks der teilnehmenden Kommunen elektrisch ist. Diese positive Entwicklung gilt es aus Sicht des DStGB weiter finanziell zu fördern, damit die Kommunen ihrer Vorreiterrolle weiter gerecht werden können. Da mit der europäischen Clean-Vehicles klare Vorgaben bei der Fahrzeugbeschaffung bestehen, sind ergänzende Quotenregelungen aus kommunaler Sicht derzeit nicht zielführend.**

Jedes fünfte Auto in den Fuhrparks deutscher Kommunen verfügt bereits über einen elektrischen Antrieb. Das ist laut einer Pressemitteilung der Agora Verkehrswende deutlich mehr als im bundesweiten Pkw-Bestand oder in Unternehmensflotten. Dort liegt der Anteil an Elektroautos, rein batterieelektrisch und hybridelektrisch mit Ladestecker (Plug-in-Hybrid), nur bei 1,8 beziehungsweise 8,6 Prozent. An der Umfrage des Thinktanks Agora Verkehrswende haben 199 deutsche Städte mit insgesamt 4.687 Pkw teilgenommen. Bisher haben sich demnach allerdings nur 13 Prozent der Städte klare Ziele für die Elektrifizierung ihrer Fahrzeugflotten gesetzt.

**Anschaffungskosten gelten als größtes Hindernis**

Laut der Umfrage ist die Elektrifizierung von kommunalen Pkw-Flotten in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg am weitesten fortgeschritten. Dort liegt der Anteil von Elektroautos bereits bei rund 25 Prozent. Bei der Ladeinfrastruktur schneidet Sachsen-Anhalt mit über sieben Ladepunkten pro Elektroauto am besten ab; im Durchschnitt liegt dieser Wert bei 2,2. Drei Viertel der Städte haben bereits Ladeinfrastruktur aufgebaut. Auf jede Stadt kommen im Mittel sechs Ladepunkte.

Unter den wenigen Städten, die konkrete Ziele für die Elektrifizierung ihrer Fahrzeugflotten festgelegt haben, sind einzelne, sowohl kleine als auch große, die bereits bis 2025 vollständig auf Elektrofahrzeuge umstellen wollen. Das größte Hindernis sehen die befragten Kommunen in den Anschaffungskosten. Entsprechend schätzen sie finanzielle Unterstützung als hilfreichste Maßnahme ein. Vorbehalte gegenüber der Technologie sind dagegen kein Problem. Nach Einschätzung der Stadtverwaltungen ist die Akzeptanz unter denen, die die Elektroautos fahren, zu fast 80 Prozent gut oder sehr gut.

**Anmerkung des DStGB**

Die Ergebnisse der Umfrage belegen zum einen die Vorreiterrolle vieler Kommunen bei der Elektrifizierung von Dienstfahrzeugen. Die Kommunen sorgen seit Jahren mit ihren E-Flotten bereits für Sichtbarkeit von alternativen Antrieben im Stadtbild. Zum anderen hilft der Einsatz der Fahrzeuge das Know-how unter den Mitarbeitenden der Kommunalverwaltungen für alternative Antriebe auszubauen und sich aktiv auch mit den Anforderungen der Elektrifizierung des motorisierten Individualverkehrs zu beschäftigen. Aus Sicht des DStGB sollte die Förderung der Elektrifizierung kommunaler Fuhrparks ausgebaut werden, damit eine noch umfangreichere Umstellung auf alternative Antriebe nicht an fehlenden finanziellen Mitteln vor Ort scheitert. Zusätzliche Quotenregelungen sind aus Sicht des DStGB abzulehnen, da bereits mit der europäischen Clean-Vehicles-Directive (CVD) und dem entsprechenden Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungsgesetz in Deutschland umfangreiche Vorgaben bei der öffentlichen Fahrzeugbeschaffung bestehen. Auch wenn es gerade im Pkw-Bereich hierbei Ausnahmen gibt, stellen die Vorgaben der CVD in der Fläche eine besondere Herausforderung dar. Die Umfrage der Agora Verkehrswende zeigt gerade, dass die Elektrifizierung im Pkw-Bereich auch ohne Quotenvorgaben bei den Kommunen funktioniert.

**Weitere Informationen:**

Das Faktenblatt der Agora Verkehrswende „Aufwind für E-Flotten in Kommunen. Stand und Perspektiven der Pkw-Elektrifizierung in deutschen Stadtverwaltungen“ steht unter: [www.agora-verkehrswende.de](http://www.agora-verkehrswende.de/veroeffentlichungen/aufwind-fuer-e-flotten-in-kommunen) kostenlos zum Download zur Verfügung.

DStGB-Positionspapier „Alternative Antriebe“ unter: [www.dstgb.de](https://www.dstgb.de/publikationen/positionspapiere/alternative-antriebe-fuer-die-mobilitaet-der-zukunft/)

(IV/2 724, Jan Strehmann, 10.11.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**WIRTSCHAFT UND VERKEHR**

4521-16 mFUND Förderaufrufe

**Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur hat weitere Förderaufrufe der Innovationsinitiative mFUND (Modernitätsfonds) bekannt gegeben. Der mFUND unterstützt die Entwicklung digitaler Geschäftsideen, die auf Mobilitätsdaten basieren. Gefördert werden u.a. Entwicklungsprojekte von Gebietskörperschaften und weiteren Akteuren, welche die systematische Nutzung und Vernetzung von Datenbeständen beinhalten. Ziel sind innovative Anwendungsmöglichkeiten im Mobilitätskontext.**

**Hintergrund**

Mit der Innovationsinitiative mFUND (Modernitätsfonds) fördert das BMVI seit 2016 Forschungs- und Entwicklungsprojekte rund um digitale datenbasierte Anwendungen für die Mobilität 4.0. Neben der finanziellen Förderung unterstützt der mFUND mit verschiedenen Veranstaltungsformaten die Vernetzung zwischen Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Forschung sowie den Zugang zum Datenportal mCLOUD.

**Förderaufruf für „kleine Projekte und Studien“**

Der 1. Förderaufruf der mFUND-Förderlinie 1 für kleine Projekte und Studien mit einer maximalen Laufzeit von 12 Monaten und einer maximalen Fördersumme von 100.000 Euro ist am 18. Oktober gestartet. Im Mittelpunkt stehen kleine Forschungsprojekte, Machbarkeitsstudien und Felduntersuchungen mit einem ausgeprägten Bezug zu Daten, die thematisch in den Geschäftsbereich des BMVI passen. Vorhaben können innerhalb der Schwerpunkte Datenzugang, Datenanwendung und/oder Data Governance/Normierung liegen.

Der Förderaufruf mit einer Laufzeit bis zum 31.01.2022 behält auch die weiteren bislang geltenden Rahmenbedingungen der mFUND-Förderung in der Förderlinie 1 bei.

Weitere Informationen: [www.bmvi.de](https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/DG/mfund-foerderlinie-1-ausarbeitung-von-machbarkeitsstudien.html)

**Förderaufruf für „Mobilität 4.0 und Daseinsvorsorge in den Braunkohlerevieren“**

Am 18. Oktober startete der 2. mFUND-Förderaufruf "Digitalisierung und datenbasierte Innovationen für Mobilität 4.0 und Daseinsvorsorge in den Braunkohlerevieren“ (§ 17 S. 1 Nr. 2 InvKG). Der thematisch offene mFUND-Förderaufruf richtet sich an F&E-Vorhaben, die entweder in einer der Kohleregionen durchgeführt werden, oder aber an Vorhaben von Projektpartnern, die ihren Hauptsitz in einer der Kohleregionen innehaben. In allen Vorhaben ist nachvollziehbar darzustellen, dass unmittelbar zur Unterstützung des Strukturwandels in einer der Kohleregionen beigetragen wird.

Zum Förderaufruf: [www.bmvi.de](https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/DG/mFUND/mfund-zweiter-aufruf-ststg.html)

In einem nächsten Schritt wird am 12. Januar 2022 eine eigenständige Veranstaltung zu diesem Förderaufruf angeboten, um dabei zu unterstützen, Projektkonsortien zu bilden und Projektvorschläge für den Strukturwandel in den Braunkohlerevieren einzureichen. Im Rahmen der Veranstaltungen können sich Akteure im Sinne eines Match-Makings mit einer kurzen Folie vorstellen.

Weitere Informationen zu den Veranstaltungen des mFUND: [www.bmvi.de](https://www.bmvi.de/DE/Themen/Digitales/mFund/Veranstaltungen/veranstaltungen.html)

**Förderaufruf für „KMU-Vorhaben“**

Die Veröffentlichung des 9. Förderaufrufs der mFUND-Förderlinie 2 wird noch im November erfolgen. Anknüpfend an den mFUND-Sonderaufruf für KMU wird auch dieser Aufruf einen Förderschwerpunkt auf KMU-Vorhaben (bis 500.000 Euro Fördersumme) setzen. In einer weiteren Kategorie werden Weiterentwicklungen erfolgreicher Förderlinie-1-Projekte sowie erfolgreiche Projekte aus dem mFUND-Sonderaufruf für KMU (bis 3 Mio. Euro Fördersumme) gesucht.

**Weitere Informationen**

Allgemeine Information zum mFUND unter: [www.bmvi.de](https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/DG/mfund-foerderung-mobilitaet-4-0.html)

Schnell-Check für Projektideen für den mFUND: [www.bmvi.de](https://www.bmvi.de/DE/Themen/Digitales/mFund/Umfrage/start.html)

(IV/2 723-06, Jan Strehmann, 09.11.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

# **EUROPA UND INTERNATIONALES**

4521-17 Entwicklungspolitischer Bericht der Bundesregierung

**Die Kommunen und ihre Unternehmen sind zentrale Akteure der Entwicklungszusammenarbeit. Eigenverantwortung, Planungshoheit und subsidiäre bzw. dezentrale Entscheidungen sind dabei wesentliche Säulen der wirtschaftlichen Prosperität Deutschlands. Ziel deutscher Entwicklungspolitik sollte es nach dem Bericht daher unter anderem sein, die kommunalen Eigeneinnahmen und den Zugang von Städten zu Finanzierungsmaßnahmen der nationalen Regierungen und Dritter zu stärken. Insgesamt hat das BMZ das entwicklungspolitische Engagement 1.004 Kommunen und ihrer Unternehmen gefördert. Als eine wesentliche Aktivität der deutschen Entwicklungszusammenarbeit verweist das BMZ in seinem Bericht auch auf die Gemeinschaftsinitiative der kommunalen Spitzenverbände „1000 Schulen für unsere Welt“.**

Ende Oktober 2021 hat die Bundesregierung den mittlerweile 16. Entwicklungspolitischen Bericht vorgelegt. Inhaltliche Schwerpunkte des 388 Seiten starken Berichts sind unter anderem der Marshallplan mit Afrika, der weltweite Kampf gegen die Corona-Pandemie sowie der Reformprozess des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) 2030. Schon heute ist absehbar, dass insbesondere der Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit weiter spürbar an Bedeutung gewinnen werden. In seinem Bericht streicht das BMZ auch heraus, dass Eigenverantwortung, Planungshoheit und subsidiäre bzw. dezentrale Entscheidungen die Stärke deutscher Kommunalverwaltung sind. Das BMZ unterstützt deutsche Städte, Gemeinden, Landkreise und kommunale Unternehmen und schafft Anreize für noch mehr entwicklungspolitisches Engagement, sei es in der Stadtplanung, beim Nachhaltigkeitsmanagement, im Klimaschutz, beim fairen Handel und der fairen öffentlichen Beschaffung, dem Aufbau einer bürgernahen Verwaltung sowie bei internationalen Know-how-Partnerschaften.

Mit dem Bericht kommt die Bundesregierung dem Auftrag des Deutschen Bundestages nach, alle vier Jahre einen umfassenden Bericht zur Entwicklungspolitik vorzulegen. Neben dem Erreichten zeigt der Bericht auch aktuelle Herausforderungen für die Entwicklungspolitik sowie mögliche Entwicklungen bis zum Jahr 2050 auf. Aus Sicht des BMZ sind die wichtigsten Ergebnisse der deutschen Entwicklungspolitik der letzten Jahre:

1. 0,7 Prozent-Ziel für Entwicklungszusammenarbeit erreicht
2. Corona-Sofortprogramm umgesetzt
3. Globalen Klimaschutz gestärkt –
Allianz für Entwicklung und Klima gegründet
4. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz beschlossen
5. Grüner Knopf – das staatliche Textilsiegel – eingeführt
6. Partnerschaft mit Afrika vertieft –
Marshallplan mit Afrika umgesetzt
7. Fluchtursachen verringert – Flüchtlingen geholfen
8. EINEWELT ohne Hunger ist möglich –
Ernährung weltweit nachhaltig verbessert
9. Artenvielfalt und Wälder geschützt –
Weltnaturerbe-Fonds gegründet
10. Reformkonzept „BMZ 2030“ umgesetzt

Die kommunale Ebene ist mit ihrem umfänglichen entwicklungspolitischen Engagement hier vielfach involviert. Den Kommunen ist folgerichtig daher auch ein eigenes Kapitel „Kommunen nachhaltig an Wandel angepasst; Industrie, Innovation und Infrastruktur verbessert“ gewidmet. Zentral ist dabei auch die Finanzierung einer nachhaltigen städtischen Infrastruktur. In den vergangenen vier Jahren hat das BMZ eine nachhaltige städtische Entwicklung in den Partnerländern mit insgesamt mehr als 22 Mrd. Euro gefördert. Über die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt bei Engagement Global (SKEW) gibt es im Übrigen eine Vielzahl an Förderinstrumenten für deutsche Kommunen. Die Zahl der über die SKEW engagierten deutschen Kommunen ist dabei von 670 im Jahr 2017 auf 970 in 2021 gestiegen.

Entwicklungspolitisch aktiv waren deutsche Kommunen auch über die im Jahr 2018 gegründete Stiftung „Allianz für Entwicklung und Klima“ zur freiwilligen Forderung der Klimaneutralität und Kompensation von CO2-Emissionen.

Weiterer Schwerpunkt des entwicklungspolitischen Engagements sind Kommunalpartnerschaften mit Ländern des Globalen Südens. Ziel der vom BMZ geförderten Kommunalpartnerschaften ist es, die Agenda 2030 auf lokaler Ebene wirksam umzusetzen. Zudem soll die Lebensqualität in Kommunen des Globalen Südens durch Wissenstransfers etwa zu einer besseren kommunalen Verwaltung und Daseinsvorsorge gesteigert werden. Fairer Handel und Faire Beschaffung sollen einen weiteren Beitrag zur Armutsminderung leisten. Mit Stand Mai 2021 hat das BMZ das entwicklungspolitische Engagement von 1.004 Kommunen und kommunalen Unternehmen gefördert (2013 waren es 257 Kommunen). Hiervon sind 480 geförderte Partnerschaften mit Süd-Kommunen. Der Bericht weist aus, dass das BMZ zur Förderung von Kommunalpartnerschaften derzeit mehr als 30 Mio. Euro zur Verfügung stellt. Über die vom BMZ geförderte internationale Städteplattform Connective Cities kamen im Berichtszeitraum 2.600 kommunale Expertinnen und Experten aus 500 Kommunen weltweit zum Fachaustausch zusammen.

Die Anzahl der Mitglieder des bundesweiten Netzwerks „Faire Beschaffung“ ist bis Ende 2019 deutlich auf 255 gestiegen. Die Anzahl kommunaler Mitglieder hat sich seit 2017 auf 106 Kommunen sogar mehr als verdoppelt.

Der 16. Entwicklungspolitische Bericht der Bundesregierung greift ferner auch die Gemeinschaftsinitiative der kommunalen Spitzenverbände „1000 Schulen für unsere Welt“ zur Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit auf. Mit Stand Oktober 2021 konnten über die Initiative bereits 149 Schulbauprojekte angestoßen werden. Davon sind 105 Projekte bereits voll finanziert und 88 Schulen wurden bereits eröffnet. Insgesamt konnten durch die Unterstützung aus Bürgerschaft und Wirtschaft bereits rund 5,6 Mio. Euro an Spendengeldern für den Schulbau in Entwicklungs- und Schwellenländern gesammelt werden.

Der Bericht des BMZ gibt abschließend auch einen Ausblick deutscher Entwicklungspolitik mit Blick auf die kommunale Ebene. Folgende Maßnahmen sollten in den kommenden Jahren daher aus Sicht des BMZ vorrangig gefördert werden:

* Stärkung lokaler Planungskapazitäten und Entwicklungskonzepte (hier ist auf partizipative und digitale Lösungen zu setzen)
* Verbesserung kommunaler Eigeneinnahmen und Zugang zu Finanzierungsmaßnahmen nationaler Regierungen und Dritter
* Nachhaltiges Bauen muss stärker gefördert werden
* Nachhaltige Mobilität muss wichtiges Handlungsfeld bleiben
* Auf- und Ausbau kommunaler Entsorgungs- und Verwertungssysteme

**Weitere Informationen:**

16. Entwicklungspolitischer Bericht der Bundesregierung: [www.bmz.de](https://www.bmz.de/resource/blob/96722/d235db15fddd5008a0c349db4431a11d/entwicklungspolitischer-bericht.pdf)

1000 Schulen für unsere Welt: [www.1000schulenfuerunserewelt.de](http://www.1000schulenfuerunserewelt.de)

SKEW: <https://skew.engagement-global.de/>

(II/3 050-85 Florian Schilling, 11.11.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**EUROPA UND INTERNATIONALES**

4521-18 COP 26 – fünfjähriges Unterstützungspaket zum Schutz der Wälder

**Auf der 26. Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP 26) in Glasgow kündigte Ursula von der Leyen einen Beitrag von 1 Mrd. Euro zur globalen Finanzierung zum Schutz der Wälder an. Durch das Unterstützungspaket aus dem EU-Haushalt leistet die Europäische Kommission ihren Beitrag zur globalen Waldschutzinitiative, welche von der internationalen Gemeinschaft auf der COP 26 beschlossen wurde. Die Wälder sollen mit diesen Mitteln weltweit geschützt, wiederaufgeforstet und nachhaltig bewirtschaftet werden. Der COP 26-Gipfel soll die Umsetzung der Ziele des Pariser Abkommens und des UN-Rahmenübereinkommens über den Klimawandel beschleunigen. Dafür wird die EU** **im Sinne eines umfassenden und integrierten Ansatzes bei der Erhaltung, Wiederaufforstung und nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder mit den Partnerländern zusammenarbeiten.**

Präsidentin Ursula von der Leyen erklärt*:* „*Mit großer Freude teile ich daher heute mit, dass wir eine Milliarde Euro für den weltweiten Schutz der Wälder zur Verfügung stellen werden. Damit verdeutlichen wir die Entschlossenheit der EU, wie im europäischen Grünen Deal vereinbart eine Vorreiterrolle beim globalen Wandel zum Schutz unseres Planeten zu übernehmen.“* Die EU-Kommissarin für internationale Partnerschaften, Jutta Urpilainen, bestätigt dies: *„Der heute zugesagte Beitrag der EU zur nachhaltigen Bewirtschaftung, zur Wiederaufforstung und zum Schutz der Wälder ist gleichzeitig ein Beitrag zu nachhaltigem Wachstum und Beschäftigung, Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel sowie zur Erhaltung der biologischen Vielfalt in unseren Partnerländern. Die Europäische Union wird im Rahmen eines multilateralen Ansatzes partnerschaftlich mit Regierungen, der Zivilgesellschaft, indigenen Völkern und privaten Akteuren zusammenarbeiten, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Die Menschen und unser Planet stehen an erster Stelle. Dass der besondere Schwerpunkt auf dem Kongobecken liegt, ist angesichts der Bedeutung dieses einzigartigen Gebiets und seines Ökosystems eine Botschaft zum rechten Zeitpunkt.“*

Von den zugesagten 1 Mrd. EUR sind 250 Mio. EUR für acht Länder des Kongobeckens vorgesehen (Kamerun, Zentralafrikanische Republik, Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, Äquatorialguinea, Gabun, Burundi und Ruanda). Sie dienen dem Schutz der zweitgrößten tropischen Regenwaldregion der Welt und sollen gleichzeitig die Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessern.Die von der Europäischen Kommission zugesagten Mittel werden über das Instrument NDICI/Europa in der Welt finanziert. Weitere Informationen: [https://ec.europa.eu](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5678)

(II/4. Katharina Krewet, Brüssel, 11.11.2021) [**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

# **HAUPTGESCHÄFTSSTELLE**

4521-19 Pressemitteilung: Kommunale Finanzen weiter im Corona-Tief – Neue Bundesregierung muss Finanzierung der Zukunftsprojekte absichern

**DStGB-Pressemitteilung 13/2021 vom 11.11.2021**

**„*Die kommunalen Finanzen erholen sich, stecken aber weiter im Corona-Tief*“, so kommentierte Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, die aktuellen Zahlen der Steuerschätzung. „*Auch wenn die Lage der öffentlichen Finanzen eine positive Tendenz aufzeigt, kann vor allem für die Kommunalfinanzen keine Entwarnung gegeben werden. Wir brauchen mehr kommunale Finanzmittel und dürfen die Städte und Gemeinden nicht mit immer neuen Aufgaben und Ausgaben überlasten*.“**

Der DStGB fordert von der neuen Bundesregierung und den Ländern daher eine dauerhafte und auskömmliche finanzielle Unterstützung. Nur so können die Haushalte vieler Kommunen stabil gehalten und kann in die Zukunft investiert werden. Dabei sind die Erwartungen an die Leistungskraft und die Investitionen der Städte und Gemeinden berechtigterweise hoch.

„*Die neue Bundesregierung muss klären, wie die nötigen Investitionen in die Zukunft unseres Landes verlässlich und langfristig ausfinanziert werden können*“, so Landsberg. Der Investitionsrückstand der Kommunen beläuft sich schon heute auf fast 150 Milliarden Euro. Dieser Berg kann nur langfristig abgetragen werden, dafür ist ein Bürokratieabbau, Pauschalierungen und vor allem Planungssicherheit unverzichtbar, um die nötigen Personalkapazitäten in den Verwaltungen und in den Unternehmen zu gewinnen und halten zu können.

„*Zudem dürfen die Kommunen nicht immer weiter mit Ausgabenbelastungen ausgezehrt werden*“, so Landsberg. „*Der Anspruch auf Ganztagsbetreuung ist politisch und gesellschaftlich gewollt. Wenn der Bund diesen verspricht, muss der dessen Erfüllung auch ausfinanzieren und nicht bei den Gemeinden abladen, die Milliardenausgaben deswegen zu stemmen haben, über die sie nicht verfügen. ‚Weniger versprechen, mehr absichern′ muss die Devise sein*.“

Nach den Zahlen der November-Steuerschätzung müssen die Kommunen bis 2024 mit 19,6 Milliarden Euro weniger im Vergleich zu den Planungen vor Corona auskommen. Angesichts der förmlich explodierenden Corona-Infektionszahlen und der weiterhin spürbaren Engpässe im Welthandel ist die Gefahr groß, dass die Mindereinnahmen noch deutlich höher ausfallen.

Die Gewerbesteuer (brutto) hat sich nach dem Einbruch im vergangenen Jahr spürbar erholt, was auch auf Nachzahlungen aus dem Jahr 2020 zurückzuführen ist, liegt aber dennoch unter den Erwartungen von vor der Pandemie und beläuft sich in diesem Jahr voraussichtlich auf 55,8 Mrd. Euro (Schätzung 10/2019: 56,4 Mrd. Euro). Auch beim Einkommensteueranteil erwarten die Gemeinden spürbare Einnahmeverluste (Schätzung 11/2021 44,2 Mrd. Euro zu Schätzung 10/2019 46,4 Mrd. Euro).

Weitere Informationen finden sich unter [www.dstgb.de](https://www.dstgb.de/publikationen/pressemitteilungen/)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**HAUPTGESCHÄFTSSTELLE**

4521-20 Statement: Corona-Winter – Einheitlicher Fahrplan
zwischen Bund und Ländern notwendig

**Statement von DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg für das RedaktionsNetzwerk Deutschland vom 11.11.2021**

Das heute im Bundestag beschlossene Infektionsschutzgesetz ist eine gute Rechtsgrundlage für die Länder, um die notwendigen Corona-Maßnahmen je nach Inzidenz und Belastung der Krankenhäuser einzuleiten. Dazu gehört 2G, Abstandsregelungen, Kontrollen und so weiter.

Gleichwohl ist darüber hinaus eine verbindliche Vereinbarung zwischen Bund und Länder notwendig, wie wir mit der aktuellen Corona-Lage durch den Winter kommen. Dazu gehört eine Strategie für die erforderlichen Booster-Impfungen. Nach Möglichkeit sollten bis Weihnachten 20 Mio. Menschen diese Impfung erhalten haben.

Unverzichtbar ist auch eine einheitliche Teststrategie, so dass möglichst viele Menschen, egal ob geimpft oder ungeimpft, die Möglichkeit haben, sich kostenlos testen zu lassen. Auch der Umgang mit Großveranstaltungen und eine einheitliche Linie, bei welchen Inzidenzwerten beziehungsweise bei welcher Belegungssituation in den Krankenhäusern, welche Maßnahmen zusätzlich ergriffen werden, sollten beschleunigt festgelegt werden.

Nicht zuletzt muss die Impf-Kampagne konsequent fortgesetzt werden. Corona ist gekommen, um zu bleiben. Nur wenn es gelingt, noch viel mehr Menschen von der Impfung zu überzeugen, werden wir die Pandemie hinter uns lassen können.

Weitere Informationen finden sich in DStGB-Aktuell-Beitrag 4521-01 in dieser Ausgabe sowie unter [www.dstgb.de](http://www.dstgb.de).

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**HAUPTGESCHÄFTSSTELLE**

4521-21 Statement: 2G für Weihnachtsmärkte

**Statement von DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg für die FUNKE Mediengruppe vom 10.11.2021**

Grundsätzlich kommt es auf die geltende Corona-Verordnung in den jeweiligen Ländern an. Die Veranstalter sind in der Pflicht, die jeweilig gültigen Regelungen umzusetzen. Die Kommunen und auch die Polizei werden kontrollieren. Angesichts der aktuell steigenden Infektionszahlen ist davon auszugehen, dass Weihnachtsmärkte nur unter 3G oder vielleicht sogar 2G+ Bedingungen möglich sind.

Für gastronomische Angebote in geschlossenen Räumen (Zelte, Buden etc.) gelten die Regelungen für Gastronomie. Zudem ist etwa in NRW vorgeschrieben, dass für Veranstaltungen im Freien mit mehr als 2500 Besuchern, nur geimpfte, genesene oder getestete Menschen Zutritt haben. Andere Länder haben aktuell weniger strenge Regeln vorgesehen. Generell sind wir der Meinung, dass die Regeln abhängig vom jeweiligen Infektionsgeschehen sowie der Krankenhaussituation in der jeweiligen Region verschärft oder gelockert werden müssen. Eine bundesweite Einheitlichkeit ist hier nicht erforderlich und wäre auch nicht verhältnismäßig; allerdings wäre es sinnvoll, wenn sich alle auf bestimmtes Gerüst einigen könnten, bei welchen Infektionszahlen welche Regeln gelten.

**Zugangsbeschränkungen auf den Weihnachtsmärkten**

Wir werden ohne Hygiene- und Sicherheitskonzepte nicht durch den Winter kommen. Dazu gehören auch Zugangsbeschränkungen nach gesetzlichen Vorgaben, wie 2G oder 2G-Plus, und natürlich auch ein Einbahnstraßenprinzip. In der aktuellen Situation halten wir 2G auf den Weihnachtsmärkten für ein wichtiges Zeichen, dass die größtmögliche Sicherheit für die Besucherinnen und Besucher, sowie die Beschäftigten gewährleistet wird.

Der Mund- und Nasenschutz sollte dann getragen werden, wenn die Abstände nicht eingehalten werden können oder große Gruppen, auch draußen, zusammenkommen. Eine generelle Maskenpflicht braucht es aus unserer Sicht nicht. Jeder Einzelne kann auch selbst überlegen, wie er sich und auch andere bestmöglich schützen kann. Dazu kann auch das freiwillige Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes gehören.

Weitere Informationen finden sich in DStGB-Aktuell-Beitrag 4521-01 in dieser Ausgabe sowie unter [www.dstgb.de](http://www.dstgb.de)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**HAUPTGESCHÄFTSSTELLE**

4521-22 Statement: Wieder kostenlose Schnelltests ermöglichen

**Statement von DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg für die Rheinische Post** **vom 08.11.2021**

Mit Blick auf das sehr dynamische Infektionsgeschehen und die stetig steigenden Inzidenzwerte ist es wichtig, wieder ein flächendeckendes Angebot an kostenlosen Schnelltests für alle Menschen verfügbar zu machen. Dies kann dazu beitragen, Infektionen, die bei Geimpften häufig mit sehr schwachen Symptomen oder gar symptomlos verlaufen können, zu erkennen und Infektionsketten zu brechen.

Wir erwarten vom Bund, dass er wie im Frühjahr die Kosten für dieses Angebot übernimmt und es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, sich mehrmals die Woche kostenlos testen zu lassen.

Außerdem müssen wir alles dafür tun, das Impftempo zu beschleunigen, sowohl mit Blick auf die Erst- und Zweitimpfungen als auch für die nun notwendigen Booster-Impfungen. Um schneller und unkomplizierter Impfangebote zu machen, kann es sinnvoll sein, vermehrt wohnortnahe Impfangebote, etwa mit mobilen Teams, Impfbussen oder Impftagen in bestimmten Einrichtungen anzubieten. Die Wiedereröffnung der großen Impfzentren würde wahrscheinlich zu viel Vorlaufzeit benötigen, aber wir müssen jetzt schnell reagieren können. Die vierte Welle kann nur gebrochen werden, wenn zudem alle Bürgerinnen und Bürger konsequent die Abstand- und Hygieneregeln einhalten und dazu beitragen, sich selbst und andere zu schützen.

Weitere Informationen finden sich in DStGB-Aktuell-Beitrag 4521-01 in dieser Ausgabe sowie unter [www.dstgb.de](https://www.dstgb.de/themen/coronavirus/aktuelles/wieder-kostenlose-schnelltests-ermoeglichen/).

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**HAUPTGESCHÄFTSSTELLE**

4521-23 Zehn-Minuten-Internet-Newsletter

**Aus dem Internet berichtet Franz-Reinhard Habbel jede Woche über Ideen, innovative Lösungen und Zukunftsthemen für Kommunen. In der aktuellen Ausgabe geht es unter anderem um:**

**Die Engagierten nicht im Regen stehen lassen**

Das Ehrenamt muss mehr Aufmerksamkeit & Aufwertung von der Politik erhalten, fordert Jan Holze, Vorstand d. Dt. Stiftung für Engagement.

**Welcher Flüchtling passt zu mir?**

Die SPD-Politikerin Gesine Schwan schlägt vor, die Verteilung von Asylsuchenden künftig nach Algorithmen statt nach Quote vorzunehmen. Eine reizvolle Idee.

**Bei Lernplattformen und Laptops gut, beim Breitbandausbau hintendran**

Corona hat bei der Digitalisierung viel bewegt. Von der Telekom Stiftung befragte Lehrkräfte wollen Erreichtes intensivieren. Berlin gilt nach Bayern als führend.

**Smart Ageing: Technologien für die altersfreundliche Stadt**

Die deutsche Bevölkerung altert. Bis zum Jahr 2035 soll der Anteil der über 64-Jährigen von heute 22 auf dann 27 Prozent steigen. Spürbar wird dieser demografische Wandel vor allem auf lokaler Ebene. Wollen Kommunen älteren Bürger:innen ermöglichen, mobil und sicher unterwegs zu sein und lange selbstständig zuhause zu leben, müssen sie auch auf die Bedürfnisse und Wünsche der Älteren eingehen.

**Studie: Zukunftsorientierte Daseinsvorsorge**

Die Delphi-Studie des Kompetenzzentrums Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e. V. an der Universität Leipzig analysiert und entwickelt auf Basis renommierter Expertenmeinungen ein Zukunftsbild, welchen Herausforderungen mit welchen Ansätzen begegnet werden kann.

**Abschlussbericht für die Begleitforschung zum Landeswettbewerb »Digitale Zukunftskommune@bw«**

Die Begleitforschung unterstützte ausgewählte Kommunen auf ihrem Weg zur Digitalisierung. Die Kommunen wurden im Rahmen des Landeswettbewerbes „Digitale Zukunftskommune@bw“ ausgewählt und erhielten eine Förderung vom Land Baden-Württemberg. Der Abschlussbericht fasst die wesentlichen Ergebnisse zusammen und vermittelt ebenso Handlungsempfehlungen u.a. an Politik und Verwaltung.

Der vollständige aktuelle Newsletter und Anmeldemöglichkeit unter [www.habbel.de](http://www.habbel.de)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

# **TERMINANKÜNDIGUNGEN**

4521-24 TERMINVORSCHAU 2021

|  |  |
| --- | --- |
| **November** |  |
|  |  |
| **15./16.11.** | **DStGB-Präsidiumssitzung, Bonn** |
|  |  |
| 17.11. | Landesvorstand des Gemeindetags Baden-Württemberg  |
|  |  |
| 17.11. | Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen des Städteverbandes Schleswig-Holstein |
|  |  |
| **18.11.** | **Forum deutscher Wirtschaftsförderungen „Die Schubkraft von Krisen nutzen! Wirtschaftsförderung als Impulsgeber und Gestalter“ (DStGB, DST, DLT, DVWE & difu), Online** |
|  |  |
| **~~18./19.11.~~** | **~~DStGB-Erfahrungsaustausch "Energie", DStGB, Berlin~~** |
| **►18.11.** | **DStGB-Erfahrungsaustausch "Energie", DStGB, Webkonferenz** |
|  |  |
| 25.11. | Präsidium- und Hauptausschusssitzung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, Sitzungsort offen |
|  |  |
| 25.11. | Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebundes NRW, Soest |
|  |  |
| 29.11. | 197. Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt |
|  |  |
| **29.-30.11.** | **DStGB-Erfahrungsaustausch "Finanzpolitik", Berlin** |
|  |  |
| **Dezember** |  |
|  |  |
| 01.12. | Ausschuss für Städtebau und Umwelt des Städteverbandes Schleswig-Holstein |
|  |  |
| 06.12. | (Geschäftsführender) Vorstand des Städteverbandes Schleswig-Holstein |
|  |  |
| 06.12. | Gemeinsame Vorstandssitzung des Städtebundes und des Städtetags Schleswig-Holstein (=Mitgliederversammlung des Städteverbandes Schleswig-Holstein) |
|  |  |
| 09.12. | Präsidiumssitzung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, Fernwald |
|  |  |
| **2022** |  |
|  |  |
| **Januar** |  |
|  |  |
| 31.01. | Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebunds Sachsen-Anhalt  |
|  |  |
| **Februar** |  |
|  |  |
| 22./23.02. | Präsidiumssitzung des Gemeindetags Baden-Württemberg  |
|  |  |
| **März** |  |
|  |  |
| **24./25.03.** | **Ordentliche Delegiertenversammlung des RGRE-DS, Sitzungsort offen**  |
|  |  |
| 28.-29.03. | Klausurtagung des Städte- und Gemeindebunds Sachsen-Anhalt  |
|  |  |
| 29.03. | Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt (i. R. d. Klausurtagung) |
|  |  |
| **April** |  |
|  |  |
| 13.04. | Präsidiumssitzung des Gemeindetags Baden-Württemberg  |
|  |  |
| 27.04. | Landesvorstand des Gemeindetags Baden-Württemberg  |
|  |  |
| **Mai** |  |
|  |  |
| 14.05. | Präsidiumssitzung des Gemeindetags Baden-Württemberg  |
|  |  |
| 18.05. | Landesvorstand des Gemeindetags Baden-Württemberg  |
|  |  |
| 30.05. | Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebunds Sachsen-Anhalt  |
|  |  |
| **Juni** |  |
|  |  |
| 13.06. | Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebunds Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf |
|  |  |
| 14.06. | Gemeindekongress 2022 / 23. Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebunds Nordrhein-Westfalen, Stadthalle (CCD-Süd), Düsseldorf |
|  | Hauptausschusssitzung des Städte- und Gemeindebunds Nordrhein-Westfalen, Stadthalle, Düsseldorf |
|  |  |
| **27./28.06.** | **Deutscher Kommunalkongress des DStGB, Berlin** |
|  |  |
| **Juli** |  |
|  |  |
| 11.07. | Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebunds Sachsen-Anhalt  |
|  |  |
| 13.07. | Präsidiumssitzung des Gemeindetags Baden-Württemberg  |
|  |  |
| **September** |  |
|  |  |
| 14.09. | Präsidiumssitzung des Gemeindetags Baden-Württemberg  |
|  |  |
| 21./22.09. | Landesvorstand des Gemeindetags Baden-Württemberg  |
|  |  |
| 26.09. | Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebunds Sachsen-Anhalt  |
|  |  |
| **Oktober** |  |
|  |  |
| 17.10. | Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebunds Sachsen-Anhalt  |
|  |  |
| ►17./18.10. | **DStGB-Ausschuss Wirtschaft, Tourismus und Verkehr, Markt Meitingen** |
|  |  |
| 19.10. | Präsidiumssitzung des Gemeindetags Baden-Württemberg  |
|  |  |
| **November** |  |
|  |  |
| 16.11. | Landesvorstand des Gemeindetags Baden-Württemberg  |
|  |  |
| 28.11. | Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebunds Sachsen-Anhalt  |

► Neuer Termin seit der letzten Veröffentlichung

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)